



Gabriele Vogt

▲ Bucht von Henoko: Gefährdetes Ökosystem

Ein David, zwei Goliaths: Der Fall Henoko

Die Regierungen Japans und der USA drängen seit etwa acht Jahren auf den Bau eines neuen Stützpunktes für das US-Militär in Okinawa. Auserkorener Standort dafür ist Henoko. Die kleine Gemeinde widersetzt sich diesem Vorhaben bis zum heutigen Tag erfolgreich. Nun sieht es gar so aus, als würde der Widerstand Henokos zu einer Revision der politischen Pläne der beiden Regierungen führen.

Von Dr. Gabriele Vogt, Deutsches Institut für Japanstudien, Tokyo

Yamaguchi Yoko ist für viele in Okinawa eine Heldin. Letzten Dezember schlug die 64-Jährige ihr Lager am Hafen von Tomarin auf, direkt vor dem Gebäude der dortigen Zweigstelle des japanischen Verteidigungsministeriums. Sie harrete dort 20 Tage lang aus – ohne zu essen. Yamaguchi hielt einen Hungerstreik und betonte, sie wolle ein Zeichen setzen für den Widerstand der Bevölkerung Okinawas gegen die Pläne der japanischen Regierung, einen neuen Militärstützpunkt für die US-Marines in der Bucht von Henoko zu bauen.

Diese Pläne gehen zurück auf den

Abschlussbericht des SACO (Special Action Committee on Okinawa) aus dem Jahr 1996. Ziel der SACO-Kommission war die Evaluierung möglicher Kürzungen und Umverteilungen der Präsenz des US-Militärs in Okinawa. Kernstück des Abschlussberichts ist der Plan, den Stützpunkt Futenma Marine Corps Air Station (MCAS) komplett aufzulösen, vorausgesetzt ein geeigneter Ersatzstandort für die dortigen Einheiten kann gefunden werden. Die Auflösung Futenmas ist dringlich – kommt es dort doch immer wieder zu Unfällen, bei denen die Bevölkerung der unmittelbar angrenzenden Stadt Gino-

wan in Mitleidenschaft gezogen wird. Der letzte solche Fall datiert aus dem vergangenen August: Ein CH-53 Helikopter der Futenma-Marines stürzte während eines Übungsflugs ab. Er zerschellte auf dem Campus der Internationalen Universität Okinawa in Ginowan – glücklicherweise waren zu diesem Zeitpunkt gerade Semesterferien. So gab es keine Verletzten zu beklagen.

Einen Ersatzstandort für Futenma MCAS zu bestimmen, erwies sich als schwierig, handelt es sich bei dem Stützpunkt mit einer Gesamtfläche von knapp 5 km² und etwa 4.000 dort stationier-

ten Soldaten doch um einen der größten Stützpunkte der US-Marines weltweit. Schon bald nach der Veröffentlichung des SACO-Berichts äußerte die japanische Regierung ihre Absicht, eine sea-based-facility, einen so genannten Heliport, zu bauen und diesen als Ersatzstandort für die militärischen Einheiten Futenmas dem US-Militär anzubieten. Als möglicher Standort dafür ist die Bucht von Henoko (Regierungsbezirk Stadt Nago) im Gespräch.

Gespaltene Meinungen

Die japanische Regierung versuchte, den Bau des neuen Stützpunkts der Bevölkerung Nagos durch gezielte finanzielle Zuwendungen schmackhaft zu machen: Unter dem Projektnamen Entwicklungsförderung Nord-Okinawa wurde so etwa die Ausrichtung des G8-Gipfeltreffens im Sommer 2000 an Nago vergeben. Verbunden damit war u. a. die Errichtung eines weitläufigen Tagungszentrums, das seither als Veranstaltungsort für so manche internationale Konferenz dient, also Besucher wie Finanzen in die Region lockt. Ferner entstanden in der Region Nago eine Fachhochschule, neue Gemeindebibliotheken sowie Kulturzentren. Bauprojekte zur Verbesserung der infrastrukturellen Anbindung dieser bislang eingeschränkt zugänglichen Bergregion wurden ebenfalls angeregt. Die Reaktionen der Bevölkerung Nagos auf diese Maßnahmen waren gespalten: Ein Teil begrüßte den Plan zur Entwicklungsförderung dieser von Landwirtschaft und Fischereiwesen geprägten Region; ein anderer, etwa ebenso großer Teil der Bevölkerung plädierte für einen Verzicht auf derlei finanzielle Zuwendungen und eine klar ablehnende Haltung gegenüber dem Stützpunktprojekt.

Diese Spaltung der öffentlichen Meinung spiegelte sich auch in den lokalen politischen Kämpfen der letzten acht Jahre wider. Das besondere Interesse zog dabei ein von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen organisiertes Referendum auf sich, in dem sich Ende 1997 eine knappe Mehrheit der Bevölkerung Nagos gegen den Bau des Heliports aussprach. Eine der tragenden Säulen bei der Organisation dieses Referendums war neben Miyagi Yasuhiro, einem aussichtsreichen Kandidaten bei der Anfang 2006 stattfindenden Bürgermeisterwahl in Nago, die „Vereinigung zum Schutz des Lebens“ (inochi wo mamoru kai), eine



Gabriele Vogt

▲ Der Sit-in am Strand von Henoko: Tag 222

soziale Bewegung der Region, die sich dem Schutz der Bevölkerung und der Natur Henokos verschrieben hat. Diese Bewegung ist es auch, die den Protest Nagos gegen den Bau des Heliports über die letzten Jahre schier endlos erscheinender politischer Verhandlungen hinweg am Leben gehalten hat.

Ausweitung der Proteste

Die „Vereinigung zum Schutz des Lebens“ steht ebenfalls im Zentrum des neuen Protestschubs, der seit etwa einem Jahr auch internationales Aufsehen erregt: Seit dem 19. April 2004 findet am Strand von Henoko ein Sit-in statt. Jeden Tag kommen dort etwa 50 Personen in Zelten und Hütten zusammen, um mit ihrer bloßen Anwesenheit am potentiellen Bauort gegen die Konstruktion des Heliports zu protestieren. Manche sind zwischenzeitlich de facto dorthin umgezogen und haben sich eingerichtet mit provisorischen Wasch- und Kochgelegenheiten, Fernsehern und Laptops. Zum harten Kern der „Vereinigung zum Schutz des Lebens“ zählen ihr Mitbegründer und Sprecher, Kinjo Yuji, sowie etwa ein Dutzend Rentner und Hausfrauen aus Henoko und Umgebung. Mitgliedschaft in einem organisierten Sinne gibt es nicht, doch eine breit gefächerte Basis an diversen Unterstützerguppen: buddhistische Mönche, Fischer, Landwirte und Friedensaktivisten aus dem Norden Okinawas, zahlreiche Professoren und Studenten der umliegenden Universitäten sowie lokale Politiker und Abgeordnete des Stadtparlaments Nago. Alles in allem erschließt sich damit ein Kreis von mehreren hundert Personen. Gefragt nach der Motivati-

on für ihr Engagement in den Aktivitäten der „Vereinigung zum Schutz des Lebens“ erklärte etwa Shinohara Takako, Hausfrau aus Henoko, sie trage eine Verantwortung für zukünftige Generationen. Wer, wenn nicht z.B. sie selbst, solle sich einsetzen für den Schutz der Bucht von Henoko und den Erhalt des dortigen Ökosystems? Das Ökosystem von Henoko ist aufgrund seines Reichtums an Korallen einzigartig. Es bietet z.B. auch einen Lebensraum für die Seekuhart „Dugong“ — den einzigen ihrer Art in der nördlichen Hemisphäre.

Als im September letzten Jahres Baufirmen im Auftrag der japanischen Regierung begannen, Plattformen auf See zu errichten, die dazu dienen sollen, von dort aus Probebohrungen zur Eruierung des Baugrundes durchzuführen, verlegten die Unterstützer der „Vereinigung zum Schutz des Lebens“ ihren Sit-in vom Strand auf das Meer in der Küste von Henoko. Der Sit-in auf See begann mit einer Handvoll Kanuten, die von morgens bis abends auf dem Meer kreuzen, um die Arbeiter daran zu hindern, den zu evaluierenden Baugrund zu erreichen. Auch Taucher waren im Einsatz: sie rollten auf dem Meeresgrund Transparente aus, deren Aufschrift die japanische Regierung dazu aufforderten, die Probebohrungen nicht weiter zu verfolgen.

Druck auf die Regierung

Mit dem im Zuge solcher medienwirksamen Aktionen steigenden Bekanntheitsgrad des Sit-ins von Henoko wächst die Zahl der Unterstützer des Protestes – und damit auch der Druck auf die japanische Regierung, zu den Aktionen Stellung zu nehmen. Erträge einiger Japanweiter

Spendenaktionen ermöglichten mittlerweile den Erwerb zusätzlicher Kanus und kleiner Kutter.

Im Laufe des November war es den Baufirmen gelungen, fünf Plattformen zu errichten – eine verschwindend geringe Zahl, wenn man bedenkt, dass die für die Probebohrungen angesetzten 63 Plattformen in kürzester Zeit hätten aufgestellt werden sollen. Um zu verhindern, dass von diesen bislang errichteten Plattformen aus – es ist bei fünf geblieben – tatsächlich Bohrungen gestartet werden, beschlossen die Mitglieder der „Vereinigung zum Schutz des Lebens“, diese kurzerhand zu besetzen. Viele paddeln morgens gezielt zu den Plattformen, klettern die Gerüste entlang und ketten sich an den Stangen fest. Oft kommt es dabei nicht nur zu erhitzten Diskussionen zwischen den beiden Parteien, den Aktivisten und den Bauleuten, sondern auch zu Handgemenge. Im Dezember verletzte sich eine Aktivistin schwer, als sie im Zuge solcher Ruppigkeiten vom Gerüst herab ins Meer fiel.

Nach einem Jahr Sit-in von Henoko ist die Protestbewegung gewachsen. Es gelang den Aktivisten, sich eine breite unterstützende Basis aufzubauen. Regionale, nationale wie transnationale Allianzen – z.B. mit Antimilitäraktivisten aus Südkorea – konnten geknüpft werden. Anfang März traf das Greenpeace-Schiff Rainbow Warrior in Henoko ein, um die lokalen Aktivitäten zum Schutz der Bucht von Henoko zu unterstützen.

Kürzlich wurde in der Präfekturhauptstadt Naha ein Gerichtsverfahren eröffnet, in dem u. a. Vertreter der „Vereinigung zum Schutz des Lebens“ auf Unterlassung der Probebohrungen in Henoko klagen. Die Baufirmen zogen inzwischen ihre in Okinawa wohnhaften Angestellten von dem Projekt der Probebohrungen ab. Derzeit sind in Henoko nur noch Bauleute aus Honshu involviert; man erhofft sich davon eine emotionale Entspannung der Lage.

Tatsächlich scheint Bewegung auch in die politischen Verhandlungen zum Thema zu kommen: Im Februar kündigte



Gabriele Vogt

▲ Shinohara Takako: Protestbänder am Stacheldrahtzaun des US-Stützpunkts Camp Schwab

die japanische Regierung an, andere mögliche Ersatzstandorte für Futenma MCAS zu überdenken. Auch bei den Gesprächen zwischen den US-amerikanischen und japanischen Regierungsvertretern Ende Februar in Washington einigten sich die Beteiligten darauf, alternative Ansätze zum Henoko-Plan zu evaluieren. Eine Entscheidung in dieser Sache soll bis Ende August herbeigeführt werden. Die Reaktionen in Okinawa auf diese Nachrichten sind derzeit noch größtenteils verhalten.

Der nun ein Jahr alte Sit-in, physische Konfrontationen mit der gegnerischen Seite, Musikfestivals und Fundraising Abende in der Präfekturhauptstadt, das Gerichtsverfahren, ein Online-Tagebuch über den Fortgang des Protests, der Aufbau transnationaler Allianzen mit anderen sozialen Bewegungen sowie die medienwirksame Unterstützung ihrer Ziele durch Privatpersonen wie Yamaguchi Yoko haben ein dichtes Netzwerke des lokalen Widerstandes gebildet, aus dem sich die

Regierung in Tokyo derzeit nicht befreien zu können scheint. Die Pluralisierung und Transnationalisierung der Mittel des politischen Protestes, wie sie vor einem Jahr in Henoko begann, scheint eine neue Kultur zivilgesellschaftlichen Agierens in Japan zu begründen. Man entwickelt sich weg vom traditionellen Protestieren in Form z.B. von Demonstrationen und macht sich eine Vielzahl neuer Methoden der außerparlamentarischen politischen Partizipation zu Nutzen. Dies – so hat es momentan den Anschein – erhöht den Druck auf die nationale Regierung außerordentlich.

In wenigen Wochen wird sich herausstellen, wie der inzwischen zehn Jahre alte Kampf um die Zukunft Henokos entschieden wird. Würde sich die „Vereinigung zum Schutz des Lebens“ mit ihrer Forderung des sofortigen Baustopps in Henoko durchsetzen, müsste dies als eine Sensation in der politischen Landschaft Japans bewertet werden.



Dr. Gabriele Vogt ist Politikwissenschaftlerin und seit Januar 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Japanstudien, Tokyo. Ihr Forschungsschwerpunkt sind Neue Soziale Bewegungen. Die obige Studie zu Henoko wurde durch ein JSPS Postdoctoral Fellowship im Herbst 2004 ermöglicht.

E-Mail: vogt@dijtokyo.org